

## MEDIENMITTEILUNG

Thun, 14. Dezember 2017

Inkonsequenter islamischer Anspruch auf Jerusalem

### **Ost-Jerusalem muss frei bleiben!**

**Die aktuellen islamischen Kampagnen zur Förderung Jerusalems als islamisches Zentrum und Hauptstadt eines palästinensischen Staates bauen auf Geschichtsmanipulation. Die EDU fordert, dass sich die Schweiz klar von diesen Argumentationen distanziert.**

Unbeachtet von den Medien wiederholte die Organisation für Islamische Zusammenarbeit OIZ in einem Communiqué am 4. Dezember, dass ihr Hauptsitz vielleicht von Saudi-Arabien nach Jerusalem verlegt und dort permanent eingerichtet werde. Dieses Ziel und die „Befreiung“ der Stadt hatte die OIZ bereits 1972 in ihrer Charta (Art. 21) festgeschrieben, ohne dabei zwischen Ost- und West-Jerusalem zu unterscheiden.

Die EDU erinnert daran, dass die Stadt Jerusalem in der Geschichte des Islams, des osmanischen Reichs und der arabischen Völker keine wesentliche Rolle spielte, bis sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Spielball im Kampf gegen Israel entwickelt werden konnte. Unter der arabischen, d.h. jordanischen Herrschaftszeit über Ostjerusalem und das Westjordanland bis 1967 wurde von arabischer Seite keine Bemühung unternommen, aus diesen beiden Gebieten einen palästinensischen Staat zu bilden, geschweige denn Jerusalem als eine Hauptstadt zu deklarieren.

Obwohl im erwähnten Communiqué des OIZ die Geschicke des palästinensischen Volkes als ein zentrales Anliegen erwähnt werden, zeigt die Liste der Generalsekretäre der OIZ, dass noch nie ein Palästinenser dieses Amt innehaben durfte. Dass ausgerechnet die Türkei sich jetzt über die OIZ für einen palästinensischen Staat und Jerusalem als dessen Hauptstadt stark macht, entbehrt auch nicht einer geschichtlichen Ironie. Während Jahrhunderten türkischer, d.h. osmanischer Herrschaft über Palästina bestand zwar die Gelegenheit dazu, jedoch offensichtlich nie auch nur der geringste Bedarf.

Die EDU erinnert ebenfalls daran, dass der freie Zugang zum Tempelberg für die verschiedenen Religionen nicht möglich war, als Ostjerusalem bis 1967 unter arabischer, d.h. jordanischer Herrschaft war.

Die EDU setzt sich dafür ein, dass die Schweiz diesen manipulativen Umgang mit der Geschichte und den Zielen islamischer Staaten in den bilateralen Beziehungen und im Rahmen internationaler Organisationen zur Sprache bringt und sich mit Wort und Tat davon distanziert. Die Schweiz muss sich auch konsequent dafür einsetzen, dass Ost-Jerusalem für die verschiedenen Religionen frei zugänglich bleibt.

#### **Für weitere Auskünfte:**

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40

#### **EDU Schweiz**

Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach 43, 3602 Thun, Tel. 033 222 36 37  
PC 30-23430-4, [www.edu-schweiz.ch](http://www.edu-schweiz.ch), [info@edu-schweiz.ch](mailto:info@edu-schweiz.ch)